

Der Remsthal-Bote.

Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen.

Erscheint wöchentlich 4mal: Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag. Preis: vierteljährlich in Waiblingen bei der Expedition 92 Pfg., frei ins Haus geliefert 1 Mk., durch die Post bezogen: im Oberamtsbezirk Waiblingen 1 Mk. 20 Pfg., außerhalb desselben 1 Mk. 40 Pfg. Einrückungsgebühr in Waiblingen und den Amtsbezirken für die 3spaltige Garnanzzeile oder deren Raum 6 Pfg., auswärts 9 Pfg. Bei Annoncen, welche nach Schluß des Blattes noch Aufnahme finden sollen, wird für die 3spaltige Zeile 10 Pfg. berechnet.

Nr. 6.

42. Jahrgang.

Donnerstag den 13. Januar 1881.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Waiblingen.

An die Gemeinderäthe und die S. S. Verwaltungsactuale.

Gebäudeeinschätzung auf 1. Januar 1881.

Nach vollzogener Gebäudeeinschätzung werden in Betreff Eröffnung der Schätzungsergebnisse an die Gebäudeeigentümer, der Aenderung der Feuerversicherungsbücher und Umlage des Brandschaden, welcher nach der Min.-Verf. vom 22. Nov. 1880, Reg.-Bl. Nr. 24, von 100 Mk. Brandversicherungsanschlag der Gebäude 3ter Classe 9 Pfg. beträgt, sowie der Lieferung des Brandschaden auf 1. April und 1. August 1881 die am 2. Januar 1874, Nr. 2 des Bl., gegebenen Vorschriften wiederholt. Aenderungsverzeichnisse und Umlageregister sind bis 15. Februar d. J. hieher zu übergeben.

Die S. S. Verwaltungsactuale werden noch überdieß auf die in Folge veränderter Classification einzelner Gebäude im Sommer 1880 nach Min.-Amtsbl. von 1880 Nr. 3 nothwendig gewordene Berichtigung der Feuerversicherungsbücher und die besondere Behandlung der Kosten dieses Geschäft nach dem in Umlauf gesetzten oberamtlichen Erlaß v. 3. April 1880 aufmerksam gemacht.

Den 11. Jan. 1881.

R. Oberamt.
Schüßler.

Waiblingen.

Die Schultheissenämter

werden in Bezug auf die heutige Militäraushebung auf die am 8. Jan. 1878, Nr. 6 des Bl., ertheilten Aufträge hingewiesen die vorzuliegenden Stammrollen sind die von 1861 bis 1881 nebst den Vorgängen von 1859 und 1860.

Den 11. Jan. 1881.

R. Oberamt.
Schüßler.

Revier Winnenden.

Eichenstammholz-Verkauf.



Am Mittwoch den 19. d. M. aus dem Hochbergerwald: 97 Stk. von allen Classen mit 160 Fm. und zum Theil von ausgezeichnete Stärke.

Zusammenkunft Morgens 9 Uhr im Schlag.

Reichenberg den 10. Janr. 1881.

R. Forstamt.
Bechtner.

Privat-Anzeigen.

Waiblingen.

Neue gutkochende Linsen,

sowie halbe und ganze Erbsen

sind wieder eingetroffen bei
Gottlob Weiß.

Waiblingen.

Abraum-Akkord.

Einen Felsen zum Abräumen vergibt im Akkord

Grüniger, Steinbrecher.

Gegen Zahnweh ist Schrader's

Para-Zahntinctur

ein vorzügliches Mittel Flac. 50 Pfg. in Waiblingen bei C. F. Buch.

Cincinnati

Freie Presse,

Größte deutsche Zeitung in den Ver. Staaten.

Tägliche Ausgabe,
8 Seiten, mit 56-64 Spalten,
45 Mark per Jahr.

Sonntags-Ausgabe,
8 Seiten mit 64 Spalten,
10 Mark per Jahr.

Wochen-Platt,
8 Seiten mit 64 Spalten,
10 Mark per Jahr,
alle inclusive Porto.

Abonnements werden für 1/4, 1/2 und 1 Jahr (nur gegen Vorauszahlung) zu jeder Zeit entgegen genommen. Abonnementsgelder sind am besten durch Postanweisungen einzuschicken. Man adressire:

Alexander Torges, Jr.

Eigentümer der „Cincinnati Freie

Presse“,
Cincinnati, Ohio, Amerika.

Waiblingen.

Die C. F. Buch'sche Buchdruckerei empfiehlt:

Schuld- und Bürgscheine,

Pfandscheine,

Leichenscheine,

Taufzettel,

Zahlungsverzeichniß,

Tagbücher,

Strafverfügungen,

Straflisten u. u.

Spielwerke

4-200 Stücke spielend, mit oder ohne Expression, Mandoline, Trommel, Glocken, Castagnetten, Himmelsstimmen, Harfenspiel u.

Spiel Dosen

2-16 Stücke spielend; ferner Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographiealben, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Blumenvasen, Cigarrenstüts, Tabaksdosen, Arbeitstische, Flaschen, Biergläser, Portemonnaies, Stühle u. Alles mit Musik. Stets das neueste und Vorzüglichste empfiehlt
J. S. Keller, Bern (Schweiz)

Nur direkter Bezug garantiert
Richtigkeit; fremde Fabrikat ist jedes Werk, das nicht meinen Namen trägt. Fabrik im eigenen Hause.

oouaj aqul uajhsraq
ajajunq bunjahraq an? ajunq
sv jdxg '08 sig aqunaoqg uoa
uajajajqd uoa uajunq uq ajun
uauunq suwq 000'02 uoa abvq
-ag im etaeq uajhaghl aq 001

Amerika.

Niemand sollte nach Amerika gehen, ohne das „Deutsch-Amerikanische Illustrierte Jahrbuch für 1881“ gelesen zu haben. Enthält viele Information über Amerika, sowie Illustrationen und Beschreibung des Castle Garden, wo alle Einwanderer gelandet werden. Niederlassung, Stellenvermittlung u. s. w. Preis des „Jahrbuchs“ 60 Pfg. Zu beziehen durch H. Levi, 25 Salwerstraße, Stuttgart. Colporteurs verlangt.

Violin- und Guitarr-Saiten
empfiehlt
C. F. Buch.

Württemberg.

Stuttgart, 7. Jan. 18. Sitzung der Kammer der Abgeordneten unter Vorsitz des Präsidenten v. Hölder.

Derselbe gedenkt in einigen tiefgefühlten Worten des Todes des Prinzen Ulrich und macht die Mittheilung, daß er, ohne erst den Wiedezusammentritt des hohen Hauses abzuwarten, Beileidsadressen an Se. Majestät den König und F. R. H. den Prinzen Wilhelm und Gemahlin und an die Prinzessin Katharina gerichtet habe. Prinzessin Katharina habe bereits in einem huldvollen Schreiben ihren Dank ausgesprochen. Die Mitglieder des hohen Hauses erheben sich, um ihr Einverständnis mit der Absendung der Adressen zu erkennen zu geben.

Es sind einige Petitionen hinsichtlich der Erhöhung der Malzsteuer und der Aufhebung der Portofreiheit eingelaufen.

Am Ministertisch befinden sich die Minister v. Sick, v. Kerner und Oberfinanzrath v. Moser.

Präs. Hölder erbittet sich die Genehmigung der Kammer, um folgende Anfrage nachträglich auf die L. D. zu setzen: Anfrage an die Staatsm. des Innern und der Finanzen: Im Hinblick darauf, daß schon seit mehreren Jahren der Wein-
gärtnerstand unter dem Druck des Mißwachses leidet, so dann darauf, daß in Hagelschadensjahren wiederholt bisher unter großem Danke der Betheiligten Steuernachlässe bewilligt wurden, der heurige Ausfall des Herbstes aber von viel tiefer einschneidender Bedeutung ist, als jeder Hagelschaden und durch-
aus Unterstützung des Weingärtnerstandes erfordert, erlauben wir uns die Anfrage: ob und was die R. Staatsmin. zur Linderung der Nothstandslage der Weingärtner in oben angedeuteter Richtung zu thun gesonnen sind? Simon.

Haug. — Haug (Ludwigsburg) begründet die Interpellation; nur ist er nicht mit Simon darin einverstanden, daß durch Steuernachlässe den Weingärtnern gründlich geholfen werden könne; dieß könne nur der Himmel. Allein etwas müsse geschehen und er glaube dieß in der Errichtung von Darlehensklassen von Seiten des Staats gesunden zu haben, um der steigenden Auswanderung der Weingärtner, die sich nicht bloß nach Amerika, sondern sogar nach Bosnien erstreckt, Einhalt zu gebieten. — Staatsm. v. Kerner verliest die Antwort auf die Interpellation, aus welcher zu entnehmen ist, daß die Regierung die Nothlage des Weingärtnerstandes durchaus nicht verkennt, daß aber sowohl auf Grund des Steuergesetzes von 1821 wie des Gesetzes vom 28. April 1873 bezüglich des Mißwachses ein Steuernachlaß nicht gewährt werden könne, sondern nur im Fall von Hagelschlag oder Beschädigung, daß also hier die von den Interpellanten angeführte Analogie nicht zutrefte. Was die Erträge des mit Wein angebauten Arealis anlange, so sei allerdings der letzte Herbst, von dem die Interpellanten zunächst ausgehen, dem Quantum des Ertrags nach seit 52 Jahren einer der schlechtesten gewesen und habe nur $\frac{1}{4}$ des Durchschnittsertrages in diesen Jahren ergeben, dagegen sei er dem Gelbertrage nach bedeutend besser gewesen und habe $\frac{2}{3}$ eines Durchschnittsertrages ergeben. Einzelne Gegenden, wie das Rems- und Tauberthal, haben allerdings ein ganz geringes Ergebnis aufzuweisen, andere dagegen wieder ein ganz befriedigendes. Nach all' dem könne sich das Ministerium nicht veranlaßt sehen, auf die Anfrage der Interpellanten eine einschlägige Antwort zu ertheilen. — Simon dankt für die erhaltene wohlwollende Antwort. Er bestätigt den geringen Ausfall der Weinernte im Remsthal, hat übrigens weiteres nicht beizufügen.

Fortsetzung der Berathung des Hauptfinanzetats.

Kap. 104 für Nachlässe an der direkten Steuer von Grundeigenthum und Gefällen Mt. 30 000.

Freiherr Edmund v. Dm: Die exigirte Summe sei zu gering, er wünsche, daß bei der Feststellung der Hagelschäden neue Grundätze aufgestellt werden möchten.

Finanzminister v. Kerner: Erst im Jahre 1873 seien die Normen der Einschätzung neu festgesetzt.

Freiherr v. Gültlingen legt als Berichterstatter die Berechnung dar, die der exigirten Summe zu Grunde liege.

Ketter konstatirt das wohlwollende Vorgehen der Behörden bei der Abschätzung der Hagelschäden.

Mohl warnt vor zu großen Nachlässen bei den direkten Steuern wegen Mißwachses. Mit demselben Recht könnten auch wegen der schlechten Geschäftsverhältnisse die zur Gewerbesteuer eingeschätzten Nachlässe beanspruchen.

Kap. 104 wird angenommen.

Kap. 105 Zoll- und Reichssteuerverwaltung Mt. 138 900.

Wüst bringt die Frage der surtaxe d'entrepôt zur Sprache. Die Frage bewege gegenwärtig die gesammte Handelswelt. Sie sei zwar nur von einem Privatmann dem Reichstagsabgeordneten Mosle angeregt. Der Reichsfinanzler habe sich aber für die Frage lebhaft interessiert, eine Versammlung rheinischer und süddeutscher Handelskammern habe sich mit der Frage befaßt, es seien Eingaben in diesem Betreff beim Reichstage eingereicht. Redner erörtert sodann das Wesen des Unterscheidungszolls (surtaxe d'entrepôt.)

Derselbe bezwecke den deutschen Handel und die deutsche Konsumtion von den nichtdeutschen Zwischenhändlern in Europa, besonders in England, Holland, Belgien und Frankreich frei zu machen. Das Mittel sei ein besonderer Zoll, welcher angelegt werde, gleichviel ob ein Artikel sonst zollpflichtig sei oder nicht. Der vorgeschlagene Zoll sei ziemlich erheblich. Zur Begründung des vorgeschlagenen Zolls werde der große Schaden angeführt, welchen Deutschland dadurch erleide, daß es einen direkten Handel mit außereuropäischen Produkten nur über Hamburg und Bremen habe, aber auch dort sei der Handel nur zum Theil direkt und der direkte Handel besaße sich nur mit minderwerthigen Artikeln. Das ganze deutsche Reich beziehe von einer gewissen Reihe von Artikeln 42 Millionen Ctr. außereuropäischer Produkte mit 1600 Mill. Mark Werth, davon direkt 23 Mill. Ctr. mit 622 Mill. Mark Werth, und indirekt, also über England, Holland u. dgl. 19 Mill. Centner mit 979 Mill. Mark Werth, also auch hier die werthvolleren Güter indirekt. Die Verfechter des Unterscheidungszolls betonen den großen Schaden dieser Sachlage, direkt berechnen sie ihn auf fünf Prozent aus fast 1 Milliarde Mark, also auf 50 Millionen Mark, welche der Handel dieser Länder dem deutschen Handel alljährlich wegnehme, indirekt entstehe ein Schaden dadurch, daß diese Länder sich bemühen, ihre eigenen Produkte in erster Linie wieder in jene Exportländer zu schaffen. Sie weisen auf das Beispiel anderer Staaten hin. Die vereinigten Staaten von Amerika haben, als nach der Unabhängigkeitserklärung der Handel von Ostindien her nach wie vor über Europa ging, einen Unterscheidungs Zoll von 10 Prozent des Werthes der Güter eingeführt und denselben durch ein Gesetz von 1862 erneuert. Frankreich habe Unterscheidungs zölle besonders im Interesse seines Seehafens Havre. Dazu kommen noch zwei Umstände, welche sie in Norddeutschland wesentlich unterstützen. Der Unterscheidungs Zoll würde das Mittel bieten, um Hamburg und Bremen den Ersatz für den angesonnenen Verzicht auf ihre Freihafenstellung zu gewähren. Ferner würde dadurch den nordd. Eisenbahnen ein großer Verkehr zugeführt und dadurch die dortige Eisenbahnpolitik wesentlich unterstützt. Der Handel in Südwestdeutschland mache nun geltend, daß Belgien und Holland uns näher liegen, als die Hansestädte, er befürchte die Repressalien der anderen Staaten, insbesondere gegen die deutsche Schifffahrt. Es werde auch die Richtigkeit der von Mosle gemachten Zahlenangaben bestritten. Redner ist der Ansicht, daß das Gewicht dieser Gründe noch überwogen werde durch den einzigen Blick auf die geographische Gestaltung Deutschlands. Es genüge der Hinweis auf den Rhein, der in seinem unteren Laufe einer fremden Seemacht gehöre und erst durch deren Gebiet hindurch mit dem Meer und dem Weltverkehr in Verbindung stehe. Mosle widme auch dieser Frage ein besonderes Kapitel. Aber so einleuchtend manches aus seinen sonstigen Ausführungen sein möge, ebenso wenig stichhaltig seien die großen Waarenmärkte von dem Meer nach den Rheinstädten zu verpflanzen. Dazu wäre aber nöthig, daß die großen Seeschiffe nach den Rheinstädten fahren könnten. Weiter wird vorgeschlagen, die Waaren direkt d. h. ohne Vermittelung des fremden Zwischenhändlers zu beziehen und es solle für den Fall, daß dieser direkte Bezug see-, fluß-, und landwärts durch ein direktes Connossement nachgewiesen werde, der Unterscheidungs Zoll wegfallen. Redner weist nun nach, daß eine solche Neuerung nur mittelst einer ungeheuren Verschiebung der gesammten Verkehrsverhältnisse möglich sei. Speziell für Südwestdeutschland liege die Sache so, daß die wichtigsten Artikel nicht nur über die niederländischen und englischen Häfen bezogen werden, sondern daß für jeden dieser Artikel an irgend einem dieser Häfen auch ein besonderer Markt bestehe. Die meisten dieser Artikel seien als Massenartikel auf die billige Wasserstraße des Rheines angewiesen. Allerdings haben Hamburg und Bremen in diesen Artikeln auch Märkte, aber wegen der billigen Wasserstraße des Rheines werden dieselben trotzdem zum überwiegend größten Theile, vielleicht zu $\frac{1}{2}$ von London, Holland und Belgien bezogen. Schon bisher habe der Handel so oft als möglich die Artikel direkt aus den überseeischen Plätzen bezogen. Aber es sei unmöglich, ihn dazu in allen Fällen zwingen zu wollen. Während die großen englischen und holländischen Importeure ganze Ernten in den Kolonien aufkaufen, sei unser Handel aus verschiedenen Gründen bei den meisten Artikeln nicht in der Lage dies nachzumachen. Ganz abgesehen von einzelnen Konjunkturen, setze es voraus, daß man ein großes Quantum auf einmal beziehe. Dazu gehöre ein größeres Kapital und es sei damit auch ein größeres Risiko verbunden. Ferner gehören dazu gute Verbindungen in den überseeischen Ländern und eine besondere Art von Kredit. Diese Gründe gegen den direkten Bezug in allen Fällen seien so stark, daß man sicher sein könne, daß sie vom Unterscheidungs Zoll nicht überwunden werden können. Es werde im Gegentheil zum größten Theile der indirekte Bezug über die nichtdeutschen europäischen Häfen fort dauern und damit der Handel und die Konsumtion von Südwestdeutschland noch mit dem Unterscheidungs Zoll belastet sein, was besonders für unsere Industrie schlimm wäre, weil es sich dabei vielfach um Rohstoffe für dieselbe handelt. Mit Süddeutschland

Bei auch Württemberg an dieser Frage wesentlich beteiligt. Er empfehle deshalb diese Frage der ganz besonderen Aufmerksamkeit der königlichen Staatsregierung.

Hartenstein konstatiert, daß nach seinen Erfahrungen der Standpunkt des Abgeordneten Wüst im ganzen Lande getheilt werde.

Zu Tit. 5 vermischte Verwaltungskosten, darunter auch der Aufwand für die Erhebung und Kontrolirung der Tabaksteuern Mk. 37 000.

Freiherr v. Gültlingen bringt die Frage des Tabaksmonopols zur Sprache und hofft, die Abgg. Lenz und Mohl möchten ihnen, auf Einführung des Tabaksmonopols zielenden, in Aussicht gestellten Antrag später einbringen, eventuell würde er selbst einen solchen Antrag stellen. Lenz und Mohl stellen ihren Antrag in Aussicht.

Ketter nennt das Hineinwerfen der Frage des Tabaksmonopols in die Debatte eine „Ueberrumpelung“, wofür er sich einen Ordnungsruf des Präsidenten zuzieht.

Mayer ist der Ansicht Ketters. Die Sache wird für heute nicht weiter verfolgt.

Kap. 105 wird angenommen.

Kap. 106 für die Vollziehung des Gesetzes betreffend die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer Mk. 196 000.

Freiherr v. Gültlingen erkundigt sich nach dem Stande des Einschätzungsgeschäfts des Grundsteuerkatasters.

Finanzminister v. Renner gibt über den Stand des Einschätzungsgeschäfts einige Mittheilungen und stellt die Fertigstellung des Grundsteuerkatasters in etwa zwei Jahren in Aussicht.

v. Weber wünscht, daß die Gutsbesitzer ihre Kulturveränderungen rechtzeitig und regelmäßig anzeigen möchten.

Kap. 106 wird angenommen.

Kap. 107. Allgemeine Amtsausgaben der Kammeralämter Mk. 507 888.

Die Regierung hat zur Errichtung eines Kameralamtes in Leutkirch Mk. 6550 erigirt.

Die Finanzkommission stellt den Antrag, diese Erigenz abzulehnen.

Freiherr v. Gültlingen bekämpft diesen Antrag, während Eggmann unter Darlegung der Verhältnisse im Oberamt Leutkirch die Errichtung des Kameralamts befürwortet.

Finanzminister v. Renner stellt die Errichtung des Kameralamts in Leutkirch als eine Nothwendigkeit hin.

Dentler ebenfalls für die Errichtung des Kameralamts, führt an, daß der Oberamtsbezirk Leutkirch zu den höchst besteuerten des Landes gehört.

Eggmann stellt den Antrag, für das Kameralamt in Leutkirch statt Mk. 6550, Mk. 5550 zu bewilligen.

Der Finanzminister v. Renner glaubt, man würde mit diesem Betrage auskommen können.

Freiherr v. Gültlingen als Berichterstatter wendet sich auch gegen diese Mindererigenz. Es läge für das neu zu schaffende Kameralamt kein Bedürfnis vor.

Anttag Eggmann wird mit 55 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Das Kameralamt Leutkirch wird nicht eingerichtet.

Die weiteren Titel des Kap. 107 werden sodann mit geringen Abstrichen angenommen.

Stuttgart, 8. Jan. 19. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.

Am Ministertisch befinden sich Minister v. Renner und Oberfinanzrath v. Moser.

Von S. R. H. dem Prinzen Wilhelm ist ein Dankschreiben auf die an Hochdenelben anlässlich des Todes des Prinzen Ulrich gerichtete Beileidsadresse eingelaufen.

Es folgt die Besprechung der Interpellation der Abgg. Wüst (Heilbronn) und Genossen anlässlich der zollfreien Einfuhr von Weintrauben aus dem Auslande.

Staatsmin. v. Renner beantwortet die Interpellation dahin, dieser Gegenstand habe das Haus schon 1879 beschäftigt und damals sei das Haus auf Antrag seiner Komm. über eine Petition betr. die Besteuerung der zur Weinbereitung eingeführten Trauben zur L. D. übergegangen. Zu der jetzt vorliegenden Interpellation habe er voranzuschicken, daß der durch das Reichsgesetz von 1879 festgestellte Zolltarif eine Reihe von Waaren zollfrei lasse. Zu diesen zollfreien Waaren gehören auch die frischen Weintrauben. Dagegen lege das amtliche Waarenverzeichnis fest, daß die gegohrenen und gemosteten Weintrauben, sowie weinweiches Obst wie Wein zu behandeln seien. Was aber unter gegohrenen und gemosteten Weintrauben, sowie unter weinweichem Obst zu verstehen sei, darüber haben bei den Zollbehörden Zweifel obgewaltet. Es haben deshalb Verhandlungen mit dem Reich stattgefunden. Dem Ermessen der Lokalbehörden habe ein angemessener Spielraum gelassen werden müssen. In Württemberg habe sich hiebei kein Anstand ergeben. Die Einfuhr von Weintrauben bei uns, meist aus Italien und Ungarn, habe im Jahr 1880 83,000 Ztr. betragen gegen 43,000

Ztr. im Jahr 1879. Bei dem Bundesrath finden gegenwärtig Verhandlungen über die Revision des amtlichen Waarenverzeichnisses statt, bei welchen auch die Verzollung der Weintrauben zur Sprache kommen werde. Der württembergische Bundesrathsbevollmächtigte habe die Anweisung erhalten, im Bundesrath zu beantragen, daß es sich empfehlen würde, unter Freilassung eines nach der Art der Verpackung ersichtlich zum Essen bestimmten mäßigen Quantums auf die eingeführten Trauben einen angemessenen Zollsatz festzusetzen, der in einem richtigen Verhältniß zu dem Weinzoll stehen würde. — Wüst dankt dem Minister für die entgegenkommende wohlwollende Beantwortung der Interpellation. — Schwarz regt, nachdem der Präsident die Erörterung geschlossen, eine weitere Behandlung des Gegenstandes an. Unter Verweisung auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung lehnt der Präsident, unterstützt von Wüst und v. Barnbüler, eine weitere Erörterung ab.

Die Kammer erledigte darauf die Stats der Hüttenwerke und Salinen, sowie der Appreturanstalt Weissenau. Bei letzterem Kapitel entstand eine längere Debatte über den Antrag der Kommission, die Anstalt zu verpachten, event. zu verkaufen. Gegen den Antrag sprachen der Staatsminister der Finanzen Dr. v. Renner, Faber, v. Luz, Frhr. v. Barnbüler, Mohl, Probst; dafür die Abgeord. Schwarz (Ref.), Hartenstein, Ramm, Ketter. Bei der Abstimmung wird ein Antrag Luz, über alle Anträge zur Tagesordnung überzugehen und die Position zu genehmigen, mit 52 gegen 28 Stimmen angenommen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Präsident ein Allerhöchstes Schreiben, d. d. Cannes 6. Januar, zur Kenntniß des hohen Hauses, worin Seine Majestät der König der Kammer Höchst-Jhren Dank für die Beileids-Adresse auszudrücken geruhen.

Stuttgart, 10. Jan. Bei einer in der letzten Nacht in der Pfarrstraße stattgehabten Schlägerei wurde der led. 20 Jahre alte Maler Friedr. Kehlfuß von Stetten, D. Cannstatt, mit einem Messer in die Brust gestochen und war augenblicklich todt. Acht der That verdächtige Personen wurden durch die Fahndungsmannschaft ermittelt und festgenommen. Mathias Hausmann, Schreiner von Oberensingen, D. Nürtingen, hat hiemit zugestanden, daß er das Messer gebraucht habe.

Stuttgart, 10. Jan. Vom nächsten Donnerstag bis Sonntag finden hier jeden Nachm. Probefahrten der ersten neu erbauten Dampflok (System Bolle) statt. Dieselben finden in dem Marstallhofe statt. Diese Erfindung wurde neuestens in Berlin, München, Augsburg und Ulm unter allgemeinem Zudrang des Publikums gezeigt. — Heute Vorm. 9³/₄ Uhr brach in dem Schlachthausgebäude Feuer aus und zwar in dem äußeren, an der Rosenbergstr. gelegenen Theil. Die Feuerwehr, welche rasch zur Stelle war, traf schon den ganzen Dachstock des einstöckigen Gebäudes in vollen Flammen, welche mit solcher Wucht um sich griffen, daß sie in kurzer Zeit auch den über den Schmalvieh-Schlachthallen gelegenen Boden, zum Theil Heumagazin, erreichten. Das durch einen kräftigen Südwest zu großer Ausdehnung gediehene Feuer war nach einstündiger angestrengter Arbeit in der Hauptsache gelöscht. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht sicher ermittelt, dürfte aber in einem Schaden in der Heizeinrichtung in der Nähe des Kesselhauses zu suchen sein. Die im Hause wohnenden Bediensteten haben ihre Fahrniß zum größten Theil gerettet, ebenso wurde das stark bedrohte Verwaltungsgebäude bewahrt. Die Feuerwehr hat ihre keineswegs leichte Aufgabe wieder rasch gelöst. Der Schlachthausbetrieb ist nicht gestört. — Im Posthofe hat Bauunternehmer Braun auf Hr. O. Baurath Abel zwei Schüsse abgefeuert; derselbe ist verwundet, glücklicherweise anscheinend nur leicht. Der Verbrecher wurde sofort verhaftet.

— In Stuttgart wird an der Böblingerstraße eine Eisfabrik errichtet unter dem Namen „Aktiengesellschaft für Linde's Eismaschinen Wiesbaden“. Mit dem Bau wird alsbald begonnen, so daß der Betrieb am 1. August eröffnet werden kann. Die Einrichtung der Fabrik ist der Maschinenfabrik Augsburg und Herrn G. Ruhn in Berg übertragen.

— Die Kgl. Telegraphendirektion hat an die größeren Geschäftsfirmen Stuttgarts ein Zirkular versandt, nach welchem dieselbe bei Bedürfnis telephonische Verbindungen von öffentl. Gebäuden und Privathäusern herzustellen gedenkt. Die Gebühr für die Einrichtung und Benützung einer Leitung wird bei einer Länge bis zu 2 km jährlich 200 Mk., für jedes weitere km 50 Mk. bei mehreren Leitungen weitere 100 Mk. für je eine Zwischenstation betragen. Für direkte Verbindungen ohne Verührung der Centralstation stellen sich die Beiträge auf jährlich 120 Mk. bei 2 km Länge und extra 50 Mk. für jedes weitere km.

Ulm, 9. Jan. Der neuernannte Minister Baumester Prof. Beyer von Stuttgart ist hier angekommen.

— In Ulm ist gegenwärtig die bekannte Bolle'sche Dampflok, von der so viel in den Zeitungen zu lesen war, zur Besichtigung aufgestellt.

— In Wildbad haben die bürgerlichen Kollegien die Herstellung einer richtigen Kanalisation in der Stadt, sowie die Ausführung einer umfassenden Wasserversorgung beschlossen.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. Jan. Fürst Bismarck ist heute Nachmittag um 5 Uhr hier angekommen.

— In der Nacht vom Samstag auf Sonntag brach Feuer im Generallstabsgebäude in Berlin aus. Es brannte im Mittelgebäude. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle, um Mitternacht war die Gefahr beseitigt. Der Kronprinz war sofort an der Brandstätte erschienen. Von Papierer sind nur Akten der Registratur verbrannt. Kartenmaterial und Pläne blieben unversehrt.

Frankfurt, 10. Jan. Heute, in früher Morgenstunde, fand im Stadtwalde an der „Louisa“ zwischen dem Rittmeister a. D. im Garde-Ülanen-Regiment u. dgl. Ceremonienmeister von Frankenberg-Proßlich zu Wiesbaden und dem ehemaligen Lieutenant u. Kammerjunker von Fröhlich zu Berlin ein Pistolenduell mit tödtlichem Ausgange für den letzteren statt. Dem Vernehmen nach hatte dasselbe seinen Grund in Familiendifferenzen und einem anscheinend krankhaft gereizten nervösen Zustande des Herrn von Fröhlich.

Ausland.

— In Pariser politischen und militärischen Zeitungen finden wir Angaben über den jetzigen Effectivbestand der französischen Armee. Nach dem „Progrès Militaire“ beläuft sich derselbe für das Jahr 1881 auf 498,497 Mann von denen 52,750 sich in Algerien befinden. Zieht man von diesem Gesamtbestande eine durchschnittliche Anzahl von 39 000 Mann ab, welche auf Urlaub oder in den Hospitälern verweilen, so verbleibt ein Minimum von 459,370 Mann die sich unter den Fahnen befinden.

Die Zahl der Offiziere beträgt 26,968, diejenige der Unteroffiziere 121,914. Zu den diesjährigen Uebungen werden außerdem 335,964 Reservisten und 142,801 Angehörige der Territorialarmee herangezogen werden, so daß im Ganzen, wie die „Rép. franc.“ betont, nahezu eine Million Mannschaften, 977,362 Mann, im Jahre 1881 unter den Waffen versammelt sein wird. Nach dem jetzt angenommenen Budget gibt Frankreich ungefähr eine Million Franken in dieser Periode für Heer und Marine aus. — Seitens des Kriegsministers sind der Kammer vier Gesetzentwürfe angekündigt. Dieselben betreffen: das Avancement in der Landarmee, die gleiche Besoldung aller Waffen, das Gesetz über den Einjährig-Freiwilligendienst und die speziellen Bedingungen, unter welchen die Lehrer und Geistlichen als Freiwillige zuzulassen sind, und endlich der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer eigenen Festungsartillerie.

London, 11. Jan. (Unterhaus.) Auf die Anfrage Wolffs betreffs beunruhigender Nachrichten über die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland erwiderte Gladstone: Soweit die britische Regierung in Betracht komme, habe die Thronrede alles mitgetheilt. Die Mächte seien bestrebt, die griechische Grenzfrage zu regeln, aber über die Mittel zum Zwecke seien sie noch nicht übereingekommen. Selbstverständlich tragen die Bemühungen einen friedlichen Charakter.

Verschiedenes.

„Schweigen ist Gold.“ Unter diesem Titel erzählt das „N. W. Tgg.“ folgende Episode aus der Geschichte des deutsch-französischen Krieges: Man weiß, daß der empfindsame und idealistische Jules Favre bei den nach dem letzten mißlungenen Ausfalle Trochu's und der furchtbaren Niederlage der Franzosen am Mont Valerien eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen eine mehr elegische als staatsmännische Rolle gespielt hat. Er war gebrochen, zusammengesunken, als die Vertreter des deutschen Hauptquartiers ihm gleich am ersten Tage die harten Bedingungen bekannt gaben, ohne deren genaueste Erfüllung die Einstellung des Bombardements und die Verproviantirung der hungernden Bevölkerung von Paris als „unmöglich“ erklärt wurden. Man hatte nämlich verlangt: die Auslieferung sämtlicher Forts und Batterien, die Desarmirung der Gencnte, die Waffenstreckung und Kriegsgefangenschaft der noch über 200,000 Mann betragenden Besatzungsarmee, endlich die Abgabe sämtlicher Gewehre und Geschütze. Als der durch diese Eröffnungen niedergeschmetterte französische Minister im Begriffe stand, sich zu entfernen, sagte er noch im letzten Momente in wehmüthigem Tone zu Bismarck: „Herr Graf, ich habe Sie sehr hart befunden, aber trotzdem kann ich es mir nicht versagen, eine innige Bitte an Sie zu richten.“ — „O, bitte, mein Herr, sprechen Sie!“ erwiderte Bismarck in verbindlichem Tone. — „Herr Graf“, fuhr Favre fort, „diese unglückliche Stadt Paris hat so viel gelitten! Ueben Sie Milde und verschonen Sie dieselbe wenigstens mit einer Kontribution!“

— Bismarck sah den Sprecher etwas erstaunt an und entgegnete: „Ja, das hängt ja nicht von mir, nicht von meinem Belieben, sondern von den gegebenen Umständen ab. Ich werde übrigens in dieser Richtung thun, was möglich ist.“ — Und damit empfahl man sich gegenseitig. Nun hatte man in der deutschen Reichszanzlei ursprünglich nicht die Absicht, über die fünf Milliarden Kriegsschädigung hinaus deren Feststellung jedoch erst den späteren Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben mußte, von

Paris noch eine eigene Kriegskontribution einzuheben. Nachdem aber Jules Favre selber von einer solchen sprach, so mußte man in der Regierung der nationalen Vertheidigung offenbar auf eine solche Forderung schon vorbereitet sein. Man beschloß daher in Versailles, guten Muthes zu den schon gestellten Bedingungen, sobald es zur schriftlichen Abfassung derselben kommen sollte, auch noch eine solche betreffs der Pariser Kriegskontribution hinzuzufügen. Nun konnte man einer Weltstadt wie Paris nicht die Beleidigung anthun, derselben eine Bagatelle von einigen Millionen abzunehmen. Man forderte daher, als Jules Favre zum zweiten Male nach Versailles kam, um endgiltig die Bedingungen für den Waffenstillstand zu formuliren, nur aus Rücksicht auf die schweren Prüfungen, welche das unglückliche Paris durchgemacht, die „sehr mäßige“ Kriegskontribution von — — zweihundert Millionen Franks. Dem verzweifelten Jules Favre stiegen die Haare zu Berge. Aber — Paris zahlte, haar und blank. Dafür gewährte Bismarck einen Waffenstillstand von einundzwanzig Tagen, die freie Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris und die Beibehaltung der Nationalgarde unter den Waffen behufs Ueberwachung der Ordnung im Innern der schwerbedrängten Seinestadt. Wenn Jules Favre am 23. Verhandlungstage, als er schon im Begriffe stand, sich zu entfernen, geschwiegen hätte, wie hoch wäre das Gold dieses Schweigens zu nennen gewesen?!

Die elektrische Eisenbahn. Ein Assistent Edison's, Namens Clarke, veröffentlicht höchst interessante Studien über die Vortheile und Kosten der elektrischen Eisenbahn mit Hinblick auf die bevorstehende Einführung und Anwendung des elektrischen Stromes beim Betriebe der New-Yorker Hochbahnen. Wäre es möglich, heißt es in dem Aufsatze, die Lokomotiven einer Dampfbahn von einer Stelle aus, etwa wie einem Komplex von Fabriksgebäuden, mit Dampf zu versorgen, so würde man damit eine bedeutende Ersparniß erzielen, indem eine Dampfmaschine von 1000 Pferdekraft weit weniger Brennstoff verzehrt, als zehn Maschinen von je 100 Pferdekraft. Auch erfordert der eine große Motor kaum mehr Bedienungsmannschaft als die zehn kleineren. Nun, die elektrische Bahn sei nichts Anders, als die Anwendung dieses Centralisationsprinzipes auf den Bahnbetrieb. Man brauche nur, meint Herr Clarke, an gewissen Stellen, sogar in beliebiger Entfernung von der Bahn, große Dampfmaschinen aufzustellen, welche den elektrischen Strom durch Vermittlung von dynamo-elektrischen Maschinen erzeugen und diesen Strom den elektrischen Lokomotiven zuführen. Diese aber erfordern zu Bedienung nur je einen Mann ohne besondere Vorkenntnisse, während eine Dampf-Lokomotive bekanntlich zwei geschulte Kräfte beansprucht. Die elektrische Bahn biete aber noch den weiteren Vortheil, der nicht hoch genug anzuschlagen sei, daß der ganze Betrieb in eine Hand gelegt werden könne. Ein in der Nähe der Elektrizitätsquelle postirter Mann vermöge nicht nur alle Weichen und Signale der Bahn zu stellen, sondern jeden Zug augenblicklich zum Stillstand zu bringen. Dazu brauche er nur auf einen Knopf zu drücken. Auch könne dieser Mann, dessen Stellung allerdings keine leichte wäre, jeden Augenblick mit dem Zugpersonal telegraphisch verkehren. Endlich liefere die dynamo-elektrische Maschine zugleich das Mittel, die Wagen des Zuges glänzend zu beleuchten.

(Ein sauberer Chemann.) Aus Passau wird berichtet: Ein junger Chemann, welcher schon alle Hilfsquellen zur Befriedigung eines arbeitsscheuen Lebens erschöpft hatte, kam auf eine eigenthümliche Idee: Eines Morgens erwachte die junge Ehefrau und fand ihr schönes reiches Haar kahl abgesehritten. Dasselbe wurde von dem Unhold von Mann verkauft und das Geld — vertrunken.

Beim Exerziren erschossen. Aus Pilsen wird vom 1. ds. Mts. berichtet: „Ein Korporal der zweiten Kompagnie des ersten Bataillons der Mobili-Infanterie unterwies vorgestern einen Einjährig-Freiwilligen eben in der Handhabung seines Gewehres und ließ vom Pögling auf seine (des Korporals) Cartouche zielen und abdrücken. Da krachte der Schuß, und tödtlich getroffen stürzte der Korporal zu Boden. Ein zweiter, hinter ihm stehender Gefreiter ward an der Hüfte von der Kugel gestreift, welche des Korporals Cartouche und Unterleib durchdrang. In wenigen Augenblicken war er todt. Der unglückliche Schütze war wie versteinert und kam erst dann zur Besinnung, als man ihn zur Untersuchung abführte. Man vermutet daß ein Racheakt vorliegt, zu dessen Durchführung eine dritte Person den nichts ahnenden Freiwilligen als Werkzeug benutzte.“

Handel und Verkehr.

Waiblingen.

Fruchtpreise vom 8. Januar 1881.

	Höchster	mittlerer	niederster	Durchschnittspreis.
Dinkel:	Mk. 7.60	Mk. 7.45	Mk. 7.40	Mk. 7.47 per Ctr.
Haber:	Mk. 6.25	Mk. 6.15	Mk. 6 —	Mk. 6.10 per Ctr.